Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

6.6.1922 (No. 129)

Visual Library

№ 129 Dienstag, den 6. Juni 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter E. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.70 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Fremdenverkehr.

** Nachdem die Vertreter der Fremdenindustrie die Verpflichtung übernommen haben, für die Versorgung der Gaststätten in weitgehendem Maße Auslandslebensmittel heranzuziehen, werden auch in diesem Jahr die Vorschriften über die Regelung des Fremdenverkehrs versuchsweise bis auf weiteres wie im vorigen Jahr gehandhabt. Ergangen sind dagegen scharfe Anordnungen über Zureise- und Aufenthaltserlaubnis für Ausländer. Sollte der Fremdenverkehr Formen annehmen, die Einschränkungen nötig machen, so wird das Ministerium die erforderlichen Anordnungen treffen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Hamstern von Lebensmitteln durch Fremde gewidmet werden, insbesondere sind Anweisungen ergangen, daß gegen milchhamsternde Fremde rücksichtslos durch Versagung des weiteren Aufenthalts vorgegangen wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Die Arbeitsmarktlage hat sich im großen und ganzen weiterhin günstig gestaltet. Sowohl die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen, als auch die der Notstandsarbeiter sind wiederum zurückgegangen. Als aufnahmefähig erwies sich neben Landwirtschaft und Industrie ganz besonders das Baugewerbe, das auch ungelernte Arbeiter in größerer Zahl benötigte.

In der Landwirtschaft macht sich im allgemeinen mehr und mehr der Mangel an Knechten und Mägden für die bevorstehende Heuernte fühlbar, weshalb auch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Hilfskräften zugenommen hat.

Sehr stark gesucht sind in der Industrie der Steine und Erden nach wie vor Steinhauer und Steinbrecher.

Die Metallindustrie zeigte sich weiterhin für Facharbeiter, namentlich für Feinmechaniker, und in gesteigertem Maße für (Hand- und Maschinen-) Former aufnahmefähig. Die sehr gutbeschäftigte Pforzheimer Edelmetallindustrie benötigt andauernd Metalldrücker und Gürtler.

Die Textilindustrie ist weiterhin flott beschäftigt. Eine größere Firma konnte in letzter Zeit etwa 100 männliche und weibliche Lehrlinge einstellen.

Die Nachfrage nach weiblichen Kräften in der Papierindustrie hat im Bruchsaler Bezirk etwas zugenommen.

Der gute Geschäftsgang im Schneider-, Schreiner- und Baugewerbe hielt an.

In der Konservenindustrie konnte eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte untergebracht werden. Die Zigarrenindustrie des Durlacher Bezirks zeigte noch immer eine gewisse Aufnahmefähigkeit, doch sah sich andernorts eine Zigarrenfabrik infolge Arbeitsmangels zur Schließung genötigt. Für Angehörige ungelernter Berufe bot sich im allgemeinen infolge der günstigen Witterung vermehrte Arbeitsgelegenheit.

Unvermindert besteht hoher Bedarf an Köchinnen und Küchenmädchen, wie auch Köche für die Saison-Plätze in so großer Zahl angefordert werden, daß der Nachfrage vielfach nicht in dem gewünschten Umfange entsprochen werden kann.

Keine Besetzung.

Unter dieser Überschrift schreibt Dr. Hermann **Pachnicke**, Mitglied des Reichtags, in der „Grenzland-Korrespondenz":

„Der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet ist abgewehrt. Wer da weiß, was die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu erdulden hat, was sie in ihrer Wehrlosigkeit an Rechtsbeugungen, Gewalttätigkeiten und wirtschaftlichen Schädigungen hinnehmen muß, der atmet erleichtert auf bei der gewonnenen Gewißheit, daß einer der wertvollsten Teile Deutschlands vor dem gleichen Schicksal bewahrt bleibt.

Zunächst ist freilich der **entscheidende Zeitpunkt nur bis zum Ende des Jahres 1922 hinausgerückt.** Aber es wächst die **Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich auch nachher seine imperialistischen Pläne zurückzustellen genötigt sein wird.**

Das ist eine der günstigsten Wendungen in der sonst so trübseligen Zeit, daß England und Amerika den sogenannten Sanktionen immer entschiedener widerstreben. **Frankreich geriete** also in eine **völlige Isolierung,** wenn es diesen beiden Großmächten zum Trotz von neuem Gewalt gegen Deutschland üben wollte. In einem solchen Unterfangen läge der Beginn von Verwicklungen, deren Ende gar nicht abzusehen wäre. **Die Zeiten des Diktats sind jetzt vorüber und von einer Periode der Verhandlungen abgelöst.** Das hat sich bereits **in Genua** gezeigt, wo unsere Vertreter zu gleichem Recht am Konferenztisch saßen und wo alles Aufschäumen der Gegner an der Tatsache nichts ändern konnte, daß Deutschland als Großmacht mit Rußland ein Abkommen unterzeichnete.

Ein solcher Fortschritt wäre ohne die **Erfüllungspolitik** nicht möglich gewesen. Dafür ist **Lloyd George** ein klassischer Zeuge. **Wie** schon früher in Privatgesprächen, so hat er nunmehr auch der Öffentlichkeit gegenüber rückhaltlos anerkannt, „daß die jetzige **Reichsregierung ihr Bestes tue, um den Friedensvertrag auszuführen,** und daß sie **Anspruch auf jede Rücksicht und jeden Respekt habe, den man gewähren könne.** Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrages würde eine Politik sofortigen Unheils für Deutschland sein. Wenn eine deutsche Regierung an das Ruder käme, die dem Friedensvertrag Widerstand leisten wollte, so würde Frankreich bei der Ausführung der Vertragsbestimmungen nicht allein gelassen werden." Eine deutlichere Sprache konnte der englische Staatsmann nicht führen. Sie wird hoffentlich auch bei den Gegnern der Erfüllungspolitik **verstanden werden.**

Hierin liegt zugleich eine **Rechtfertigung für unser neuerliches Vorgehen in Paris.** Die **Note,** die wir dorthin richteten, wurde von der Rechten des Reichstags wegen ihres Hinweises auf die Ordnung unseres Haushalts durch Steuern oder durch eine Anleihe und deswegen beanstandet, weil sie die Möglichkeit einer Nachprüfung eröffnete. Man wollte darin einen Widerspruch mit der voraufgegangenen Note erblicken, welche die Einführung von 60 Milliarden neuer Steuern und die Finanzkontrolle abwies. Das ist doch aber nur sehr bedingt richtig. Soviel neue Steuern gestehen wir auch jetzt nicht zu, und eine Finanzkontrolle, welche die Souveränität des Reiches antastet und den Gang der Verwaltung stört und das Steuergeheimnis gegenüber dem einzelnen Steuerpflichtigen aufhebt, weisen wir nach wie vor zurück. Es kann sich höchstens um Korrekturen bei der oder jener Einzelsteuer handeln, wie sie den ursprünglichen Regierungsvorschlägen entsprechen würde, und ev. um eine freie innere Anleihe, die schon bei den Verhandlungen über die Zwangsanleihe erwogen worden ist. Der Ausbau des Steuersystems hatte auch Zeit bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahrs, oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs weiterer Monate und würde lediglich zum Ausgleich von Überschreitungen des festgelegten Betrages der schwebenden Schuld zu dienen haben. Außerdem wäre das Opfer nur **dann** zu bringen, wenn eine äußere Anleihe in **angemessener** Frist tatsächlich zustande kommt.

Die Kritik an dem Verfahren der Regierung ist wohlfeil. Die Kritiker aber mögen bedenken, daß wir mit der Verweigerung jeden Entgegenkommens nur den Franzosen in die Hand gearbeitet haben würden. Die Anleiheaktion wäre dann gescheitert und **Poincaré** konnte triumphierend darauf verweisen, daß deutscher Starrsinn die Schuld am Scheitern trage. Die deutschen Vertreter hätten das Törichteste getan, was sich denken läßt; statt die Andern ins Unrecht zu setzen, hätten sie sich selbst ins Unrecht gesetzt. Zugleich wäre dadurch die Stellung der Engländer und Amerikaner, die uns unterstützen wollten, geschwächt worden. Vierpon **Morgan** konnte seine Drohung, abzureisen und nicht wieder kommen, ausführen ohne daß ihm die Welt daraus einen Vorwurf gemacht hätte.

Wer eine Anleihe will, muß die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, daß der Schuldner sich bereit und fähig zeigt, die Anleihe zu verzinsen und zu tilgen. Das kann er nur, wenn er seine Finanzen ordnet. Die Ordnung erfolgt durch Verminderung der Ausgaben und durch Vermehrung der Einnahmen. Ob die Vermehrung durch jene Korrektur des Steuerkompromisses oder durch eine freie innere Anleihe, oder durch beides erfolgt, bleibt der besonderen Prüfung vorbehalten. Denkbar wäre eine freie innere Anleihe neben der Zwangsanleihe dann, wenn sie mit Generalpardon und Steuerfreiheit ausgestattet würde. In irgend einer Weise müßte jedenfalls der redliche Wille zur Besserung der Finanzverhältnisse bewiesen werden.

Der hier dargelegte Gedankengang war derart zwingend, daß der von entgegengesetzten Auffassungen ausgehende **Mißtrauensantrag** nur bei den beiden Rechtsparteien und den Kommunisten Zustimmung fand, während die Mehrheit ihn ablehnte. Die Stellung des **Kabinetts Wirth** ist also nicht erschüttert, sondern gegen den Willen der Antragsteller noch **befestigt** worden. Diese Festigung wird hoffentlich nicht ohne günstigen Einfluß auf den Verlauf und das Ergebnis der Pariser Verhandlungen bleiben."

Politische Neuigkeiten.

Reparations- und Kriegsschuldenfragen.

„Newyork Herald" erklärt, in amtlichen Kreisen erfahren zu haben, daß die **französische** Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sowohl die Frage **einer Herabsetzung der deutschen Reparationsschulden als die der Konsolidierung, Streichung und anderweitigen Regelung der Kriegsschulden der Alliierten nur auf dem diplomatischen Wege erörtert werden könnte.** Frankreich habe seine Zustimmung zur Einberufung des internationalen Anleiheausschusses nur unter der Voraussetzung erteilt, daß dieser sich **ausschließlich** mit dem Betrag einer deutschen Anleihe in **Amerika** und in den neutralen Ländern sowie mit den erforderlichen Garantien befasse. In Frankreich vertraue man darauf, daß ein Anleihe in Höhe von 2 Milliarden Goldmark unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei. **Die französischen Finanzkreise hoffen jetzt auf eine neue Washingtoner Konferenz,** die sich ganz mit der **Reparationsfrage und den Kriegsschulden** beschäftigen werde, und es verlautet, daß in Washington in den nächsten Tagen sowohl von London als auch von Paris aus in bezug auf die **Möglichkeit** einer **allgemeinen Konferenz** im Spätsommer sondiert werden soll.

*

In der italienischen **Kammer** erklärte bei der Besprechung der Genuakonferenz der Führer der katholischen Volkspartei, Mattei **Gentili, der deutsch-russische Vertrag sei eine Notwendigkeit** für beide Länder. Er **verlangte die Aufrollung der Reparationsfrage, weil ohne Frieden am Rhein der Frieden in Europa unmöglich sei.** England und Italien seien der Aufrollung der **Reparationsfrage** günstig gesinnt, ebenso Amerika. Der Redner bezeichnete ferner die **Anwesenheit schwarzer Besatzungstruppen am Rhein für bedauerlich.** Die öffentliche Meinung Italiens bitte das befreundete Frankreich **um Zurückziehung der Schwarzen.** Auch verlange Italien die **Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.**

Der Sozialist **Lucci erkannte** lt. „B. T." die **Berechtigung des deutsch-russischen Vertrages** an, der hoffentlich dazu dienen werde, die **französische Begehrlichkeit** einzuschränken. **Die Entente möge wissen, daß die italienische Arbeiterschaft des Ententespieles müde sei und daß sie Italiens Austritt aus der Entente wünsche.**

Das internationale Anleiheproblem.

Zum Stand des internationalen Anleiheproblems erfährt die „Frankf. Ztg." von ihrem Londoner Korrespondenten unterm 3. Juni folgendes:

Bezeichnend für die Verhandlung des **Morgankomitees** ist, daß die „Times" feststellt, das Komitee mische sich in gefährlicher Weise in die Politik, womit gemeint ist, daß das **Komitee,** ähnlich wie damals die Bank von England, die **Kreditfrage von der Höhe der deutschen Reparationslast abhängig** macht. Da diese wiederum mit der Frage der **interalliierten Verschuldung** verknüft ist und **Amerika** einen Verzicht vorläufig nicht in Betracht zieht, wird der praktische Erfolg der Verhandlungen **nicht besonders günstig beurteilt.** Die augenblickliche Pause wird damit erklärt, daß das Komitee gewisse Vorfragen aufgeworfen habe, die zunächst die Regierungen beschäftigen müßten. Laut „Times" macht auch ein bescheideneres Projekt, das sich auf eine **kleine vorläufige Anleihe** beschränkt, schon wegen der Verteilungsfrage große Schwierigkeiten, weil **Frankreich** bei einem geringfügigen französischen Erlös nicht zur Aufgabe seiner formellen Rechte bereit ist.

Die augenblickliche Lage ist somit, daß die Aussicht auf eine Anleihe zwar die akute Krisis mit überwinden half, aber die volle Schwierigkeit der definitiven Regelung fortbesteht. — Der amerikanische englandfeindliche Verleger **Hearst,** der zur Verwunderung Vieler mit **Lloyd George** frühstückte, erklärte einem Vertreter der „Daily Chronicle, daß der **Imperialismus Europas einschließlich des englischen einer der Hauptgründe der amerikanischen Zurückhaltung sei.**

Die neue Geschäftsordnung des Reichstages.

Der Reichstag hatte seinen Geschäftsordnungsausschuß am 21. Januar 1921 mit der Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung beauftragt. Sie liegt nunmehr dem Reichstage vor und kann das Plenum nach den Ferien beschäftigen. Die geltende Geschäftsordnung ist bis auf unwesentliche Änderungen die des **alten Reichstages,** der ja im deutschen Verfassungsleben eine ganz andere Stellung hatte, als sie die Weimarer Verfassung dem neuen Reichstag zuweist. Die neue Geschäftsordnung sieht denn auch in manchen Punkten anders aus als die geltende. An die Spitze stellt sie, so lesen wir in der „Frkf. Ztg.", die eigentlich selbstverständliche **Verpflichtung der Reichstagsmitglieder, an den Arbeiten des Reichstages teilzunehmen.**

Fraktionen müssen, um die damit verbundenen Rechte zu haben, **aus mindestens 15 Mitgliedern** bestehen. Der **Ältestenrat** — früher sagte man Seniorenkonvent — ist eine im Laufe der Jahre entstandene Einrichtung, die den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte unterstützen und insbesondere eine Verständigung zwischen den Fraktionen über den Arbeitsplan des Reichstages herbeiführen soll. Es versteht sich von selbst, daß eine so wichtige Einrichtung, die bisher nur auf einem freien Übereinkommen beruhte, jetzt zu einem Bestandteil der Geschäftsordnung geworden ist.

Unter den 14 **ständigen Ausschüssen,** die die Verhandlungen des Plenums vorzubereiten haben, steht an der Spitze ein **Überwachungsausschuß für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung.** Für **Vertrauens- und Mißtrauensanträge** schreibt die neue Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** vor. **Interpellationen** wurden bisher gleich nach der Einbringung auf die Tagesordnung gesetzt, verlesen und die Regierung zur Erklärung darüber aufgefordert, ob und wann sie zur Antwort bereit sei. Diese **schwerfällige Methode der Geschäftsführung** wird in der neuen Geschäftsordnung **beseitigt.** Der Präsident soll der Reichsregierung die Interpellationen mitteilen und sie schriftlich auffordern, ob und wann sie antworten will. Werden Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstags verhindert wird, so kann der Reichstag die Verhandlungen über Interpellationen beschränken. Die sogenannten **kleinen Anfragen** sind seinerzeit aus dem englischen Parlament vom Reichstag übernommen worden. Durch sie sollte der Abgeordnete von der Regierung Auskunft über bestimmte Tatsachen verlangen können. Tatsächlich sind sie zu einem Hemmnis für die Verhandlungen geworden; denn die Anfragen sind oft ganze Artikel, deren Beantwortung vollständige Druckseiten beansprucht. Deshalb gibt die neue Geschäftsordnung dem **Präsidenten das Recht, jede Frage zurückzuweisen, die nicht nackt und sachlich gehalten** und — das ist wesentlich — **von dreißig Mitgliedern unterstützt ist.** Die Anfragen kommen auch nur auf die Tagesordnung, wenn die Antwort nicht binnen 14 Tagen schriftlich erfolgt ist. Nur die erste Stunde eines Sitzungstages der Woche — nicht wie bisher, zwei — steht für diesen Zweck zur Verfügung. Die alte Einrichtung der Schwerinstage wird beibehalten, um Anträge von Mitgliedern des Reichstages und Petitionsberichte zu verhandeln.

Wichtig ist die neue Bestimmung, daß die **Redezeit auf dreiviertel Stunden beschränkt** wird, wenn sie nicht für bestimmte Beratungen durch Beschluß des Reichstages verlängert wird. Eine Debatte darüber darf aber nicht stattfinden. Nicht minder wichtig ist die Vorschrift, daß auf Vorschlag des Ältestenrats die **Zeitdauer für die Besprechung eines Gegenstandes begrenzt werden kann.** Hier sind also der **Obstruktion Grenzen gezogen.** Die **Ordnungsbestimmungen des Präsidenten** werden in der neuen Geschäftsordnung **verschärft.** Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied von der Sitzung **ausschließen. Verläßt der Abgeordnete den Saal nicht, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. Damit schließt sich aber der Abgeordnete ohne weiteres für die folgenden acht Sitzungstage aus. Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten zu folgen, erhöht sich der Ausschluß auf zwanzig Sitzungstage.** Der Ausschluß wird in der neuen Geschäftsord-

nung so geordnet, daß er die Möglichkeit gibt, auch die **Abgeordneten zu zählen**, die sich der Stimme **enthalten** wollen. Während die zustimmenden Abgeordneten durch die Ja-Tür (rechts vom Präsidenten), die verneinenden durch die Nein-Tür (links vom Präsidenten) in den Saal eintreten, betreten die Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten wollen, den Sitzungssaal durch die dem Präsidenten gegenüberliegende Tür.

Zur Abtrennung Oberschlesiens.

Der **Reichspräsident** erläßt folgenden Aufruf:

„Wie schmerzlich für uns auch die Trennung von unseren Brüdern und Schwestern im polnisch werdenden Oberschlesien ist, so erwächst uns doch in diesen Tagen die nächste Pflicht, mit der **Aufbauarbeit** in dem Teile **Oberschlesiens** zu beginnen, der jetzt mit dem deutschen Vaterlande wieder vereinigt werden soll. Bei dieser Arbeit will der Oberschlesische **Hilfsbund** ein wichtiges Werkzeug sein und will helfen, die Wunden jeglicher Art zu heilen, die in der Vergangenheit dem oberschlesischen Volke geschlagen worden sind. Er will helfen daß zukünftig unsere Brüder und Schwestern an ihrer deutschen und oberschlesischen Art festhalten können.

Das deutsche Volk wird nie vergessen, daß die Oberschlesier in diesen schicksalsschweren Jahren standhaft und treu für ihre Heimat eingetreten sind. Der Oberschlesische Hilfsbund braucht noch Mithelfer, Freunde und Gönner. Hier ist Gelegenheit geboten, durch die Tat zu danken und zu helfen."

*

Am 3. dieses Monats wurden durch den Gesandten Dr. Eckardt und Vizeminister Dr. **Seyda die Ratifikationsurkunden für das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 über Oberschlesien** sowie für die an demselben Tage in Genf **getroffenen Vereinbarungen** über den **Postscheckverkehr** und den **Verkehr an den Grenzübergangsbahnhöfen ausgetauscht**. Anschließend hieran wurde von Vertretern der deutschen und polnischen Regierung unter Vorbehalt der Ratifizierung eine Erklärung unterzeichnet, die sich **auf die weitere Geltung der deutschen Gesetze in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens** bezieht und den wesentlichen Beständen des vorerwähnten Abkommens über Oberschlesien bilden soll.

Ein Attentat auf Scheidemann.

Über ein verbrecherisches Attentat auf Scheidemann wird aus Kassel unterm 5. Juni berichtet:

Oberbürgermeister **Scheidemann** wurde gestern nachmittag **auf einem Ausflug** von einem **20—22jährigen Mann überfallen, der ihm aus einer Gummispritze eine Flüssigkeit ins Gesicht spritzte.** Der Oberbürgermeister **schoß zweimal hinter dem Flüchtlinge her.** Nach dem zweiten Schuß brach Scheidemann zusammen, kam aber nach kurzer Bewußtlosigkeit wieder zu sich und konnte seine Wohnung aufsuchen. Er hat keinerlei Verletzungen erlitten. Die Flüssigkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Der **Täter**, der nach Angaben von Zeugen **besseren** Ständen angehört, ist entkommen. Auf seine Ermittlung hat der Regierungspräsident **5000 M. Belohnung** ausgesetzt.

In Ergänzung dieser Meldung wird noch mitgeteilt, daß nach Feststellung des zur Hilfe herbeigeeilten Arztes es sich nach dem **Inhalt des Gummiballons** und nach dem Zustand Scheidemanns zu urteilen, nur um ein **Blausäureattentat** handeln kann. Am späten Abend erlangt Scheidemann seine volle Besinnung wieder.

Am Mittwoch veranstaltet die **sozialdemokratische Partei** in Kassel anläßlich des Attentats eine **Demonstration.**

Einer späteren Meldung zufolge hat sich der Zustand Scheidemanns gestern so gebessert, daß er im Laufe des Tages eine Ausfahrt unternehmen konnte. Scheidemann hat bei dem Attentat keinerlei Verletzungen erhalten. **Die bisherigen Nachforschungen sind erfolglos geblieben.**

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtete an Scheidemann folgendes Telegramm: „Für den Parteivorstand und für die gesamte Partei spreche ich hier unsere Freude über das Mißlingen des niederträchtigen Attentats aus.
Otto Wels."

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, wurde nach dem Attentat auf Scheidemann sofort eine Anzahl Kriminalbeamter zur Verfolgung des Täters aufgesandt, die aber trotz aller erdenklichen Bemühungen, die bis nach Bebra, Marburg, Hannover, Minden und sogar nach Eisenach ausgedehnt wurden, erfolglos zurückkehrten. Am zweiten Tage wurde in Kassel ein junger Mann verhafte, auf den angeblich die Beschreibung des Täters paßte, und der sich durch renommistische Redensarten verdächtig gemacht hatte. Bei der Vernehmung stellte sich aber heraus, daß er mit dem Attentat in keiner Weise in Verbindung stand. Er ist am Montag wieder freigelassen worden.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Schwere Erkrankung Lenins.** Wie der „B. Z. am Mittag" von zuständiger Seite bestätigt wird, hat Lenin **am Freitag** einen Schlaganfall erlitten. Infoge dieser auf drahtlosem Wege in Berlin eingetroffenen Mitteilung seien Litwinow und Radek sowie der gesamte Stab Litwinows sofort nach Moskau abgereist. Wie erinnerlich, waren vor einiger Zeit Geheimrat Prof. **Klemperer** und später Prof. **Borchard** nach Moskau berufen worden. Prof. Borchard hatte Lenin die Kugel aus seiner Schulter entfernt, die er von einem Attentat her dort sitzen hatte. Die Operation war damals gut verlaufen, Lenin litt aber schon vorher an einer nervösen Erschöpfung. Eine Verschlimmerung dieses Leidens scheint jetzt zu dem Schlaganfall geführt zu haben.

* **Das amerikanische Kontingent am Rhein.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Koblenz hat der Befehlshaber der amerikanischen Truppen am Rhein vorgestern vom Kriegsdepartement telegraphisch die Anweisung erhalten, 1000—1200 Mannschaften und Offiziere auf unbestimmte Zeit im Brückenkopf Koblenz zurückzuhalten.

Aufgefundenes Geld.

* **Es wurde aufgefunden** im Monat März: am 24.: im **Zug 75** der Nebenbahn Altenheim—Offenburg eine Tasche mit 182 M.; im Monat April: am 2.: auf dem Bahnhof Endingen eine Tasche mit 97 M., abgeliefert in Riegel; am 3.: im Zug 8 der Kaiserstuhlbahn eine Tasche mit 76 M., abgeliefert in Riegel; auf dem Bahnhof Ettlingen Holzhof ein Geldbeutel mit 6.65 M., abgeliefert in Ettlingen; am 16.: im Zug 1685 eine Mappe mit 52 M., abgeliefert in Basel Bad. Bhf.; am 18.: auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 10 M.; am 21.: auf dem Bahnhof Freiburg eine Mappe mit 146 M.; am 22.: auf dem Bahnhof Ubstadt ein Geldbeutel mit 53.60 M.; am 23.: auf dem Bahnhof Achern ein Geldbeutel mit 85 M.; am 28.: auf dem Bahnhof Freiburg eine Tasche mit 36.20 M.; am 29.: auf dem Bahnhof Freiburg eine Tasche mit 220 M.; am 30.: im Zug 876 ein Geldbeutel mit 20.30 M., abgeliefert in Basel Bad. Bhf.; im Zug 390 ein Geldbeutel mit 31.40 M., abgelief. in Mannheim; Monat Mai: am 1.: auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 6 M.; auf dem Bahnhof Immendingen der Betrag von 15 M.; auf dem Bahnhof Bretten der Betrag von 50 M.; auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 20 M.; am 4.: auf dem Bahnhof Basel Bad. ein Geldbeutel mit 50.81 M. und 39 Cts.; am 5.: im Zug D 38 ein Geldbeutel mit 90.70 M., abgeliefert in Mannheim; auf dem Bahnhof Villingen der Betrag von 51 M.; am 6.: auf dem Bahnhof Immendingen der Betrag von 50 M.; auf dem Bahnhof Lörrach ein Geldbeutel mit 6.60 M. und 210 Frs.; im Zug 87 ein Geldbeutel mit 72.45 Pf., abgeliefert in Heidelsheim; am 7.: auf dem Bahnhof Bleibach ein Mäppchen mit 68 M.; am 8.: auf dem Bahnhof Waldshut der Betrag von 40 M.; am 9.: auf dem Bahnhof Lauda der Betrag von 100 M.; auf dem Bahnhof Meßkirch der Betrag von 40 M.; am 13.: im Zug 108 der Betrag von 7 M., abgeliefert in Offenburg; auf dem Bahnhof Offenburg ein Geldbeutel mit 10.80 M.; auf dem Bahnhof Langenbrücken ein Geldbeutel mit 10 M.; am 15: auf dem Bahnhof Basel Bad. der Betrag von 10 M.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Mannheim**, 3. Juni. Chefredakteur J. M. **Drexler** hat einen deimonatigen Urlaub angetreten und wird nicht mehr in die Redaktion des „Neuen Mannheimer Volksblattes" zurückkehren. Redakteur Hermann **Doerflinger** hat ebenfalls die Redaktion des „Neuen Mannheimer Volksblattes" verlassen und zeichnet seit gestern verantwortlich in dem Landesorgan der bayerischen Volkspartei für die Pfalz in der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung" in Ludwigshafen a. Rh.

DZ. **Kehl**, 2. Juni. Wie das Kehler Bezirksamt mitteilt, haben **mutwillige Hände** im Laufe des Mai den die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet anzeigenden **Grenzpfahl** an der Landstraße von Rheinbischofsheim nach Freistett **zerschlagen** und den Grenzpfahl an der Straße von Sand nach Appenweier **entfernt**. Ferner wurden die Wachbaracken bei Sand und Legelshurst und das Schilderhäuschen bei Legelshurst beschädigt und aus den Baracken **militärische Gegenstände gestohlen**. Gegen die Täter wird strafrechtlich vorgegangen werden. Das Bezirksamt warnt vor derartigen Handlungen, die nur geeignet seien, der einheimischen Bevölkerung und dem Deutschen Reiche Schaden zu verursachen und den geschäftlichen Verkehr der amtlichen Stellen mit den Besatzungsbehörden zu erschweren.

DZ **Offenburg**, 3. Juni. In den letzten vier Tagen wurde am hiesigen **Schwurgericht** gegen den Landwirt **Karl Huber** aus Ohlsbach wegen **Mordes und schweren Raubes** verhandelt. Zu der Verhandlung sind über sechzig Zeugen geladen. Der Angeklagte wird beschuldigt, den Landwirt Michael Wußler auf dem Pachthofe im Hinteren Ohlsbachtal ermordet zu haben unter gleichzeitiger Entwendung eines größeren Geldbetrages aus dessen Wohnung. Der Angeklagte ist ein übel beleumundeter Mensch, der zurzeit wegen Meineids im Zuchthause zu Bruchsal sitzt. Er unterhielt mit dem Ermordeten enge Beziehungen, von denen behauptet wird, daß sie unter das Strafgesetz fallen, da der Ermordete Wußler perverse Neigungen gehabt haben soll. Der Angeklagte bestritt in den letzten vier Tagen seine Schuld. Am gestrigen Vormittag nahm die Verhandlung eine ganz unerwartete Wendung. Der Angeklagte gab eine Erklärung ab, die Hauptschuldigen seien Josef Bürg, Vater der Frau Wußler und diese selbst. — Wer der Täter sei, wisse er nicht. Frau W. habe, wenn die Ermordung gelänge, jedem 2000 Mark versprochen. Gegen die Frau W. wurde nach der Sitzung ein Haftbefehl erlassen und diese im Auto nach dem Amtsgefängnis geführt. Heute morgen fand unter großem Andrang des Publikums die Fortsetzung der Verhandlung statt, wobei der Oberstaatsanwalt Vertagung beantragte. Nachdem der Vorsitzende den Angeklagten belehrt hatte, er möchte ein umfassendes Geständnis ablegen, gab der Angeklagte eine Erklärung dahin ab, daß er die Angaben dem Oberstaatsanwalt wahrheitsgetreu machen wolle. Daraufhin wurde der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

DZ **Offenburg**, 3. Juni. In der gestrigen **Bürgerausschußsitzung** wurde die Fremdensteuer, die im vergangenen Jahre einen Betrag von 52 000 Mark erbrachte, erhöht. Die Abstimmung ergab die Annahme der stadträtlichen Vorlage mit dem Zusatz der M. 10-Freigrenze. Ferner wurde die neue Geschäftsordnung entsprechend der neuen Gemeindeordnung für den Bürgerausschuß genehmigt. Die Begräbnisgebühren wurden erhöht.

DZ **Die Freiburger Bürgermeisterwahlen.** Infolge des Ablaufes der Wahlzeit Oberbürgermeister Thomas und der beiden stellvertretenden Bürgermeister Riedel und Dr. Hofner, sowie infolge Neuerrichtung einer weiteren stellvertretenden Bürgermeisterstelle haben Neuwahlen stattzufinden, die nunmehr auf Montag, den 12. Juni d. J. anberaumt wurden.

DZ **Lörrach**, 3. Juni. Der **Entwurf des Reichsgesetzes über die Schaffung und Neueinteilung der Kreise** beschäftigte dieser Tage den **Kreisausschuß** Lörrach. Es wurde Protest dagegen erhoben, daß eine Verlegung des Kreissitzes von Lörrach vorgenommen werden solle. Auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Abspaltung des Amtsbezirks Müllheim vom Kreise Lörrach (zu Freiburg) wurde Verwahrung eingelegt und betont, daß die Amtsbezirke Müllheim, Lörrach und Schopfheim seit Jahrhunderten den Kern des eigentlichen Markgräflerlandes bildeten.

Badische Gemeindeschau.

Badischer Gemeindebeamtentag in Mannheim am 20.—22. Mai 1922.

(Fortsetzung.)

Über den Badischen Gemeindebeamtentag wird uns in Fortsetzung des Berichtes in Nr. 128 der „Karlsruher Zeitung" aus Verbandskreisen weiter gemeldet:

Der Sonntag vereinte die Kollegen aus Stadt und Land im Mannheimer Saale der 5000 (Nibelungensaal) zu einer kraftvollen Kundgebung der Organisation der Gemeindebeamten. Alle Landesteile vom Bodensee bis Taubergrund entsandten zahlreiche Kollegen, so daß der Riesensaal voll besetzt war. Mit dieser Veranstaltung wurde die Absicht der Verbandsleitung, der Außenwelt zu zeigen, daß die badischen Gemeindebeamten in ihrer Organisation ein geschlossenes Bild des einheitlichen Willens darstellen, voll erreicht, aber auch weiterhin gezeigt, daß die Gemeindebeamten freudigst bereit sind, an der Gesundung unseres schwergeprüften Reiches tatkräftigen Anteil zu nehmen unbeschadet der Bestrebungen zur Hebung und Kräftigung des Gemeindebeamtenstandes.

Der Reichsbund der Kommunalbeamten Deutschlands entsandte als Vertreter Bundesdirektor Ehrmann-Berlin, der Deutsche Beamtenbund den ersten Vorsitzenden Flügel-Berlin, die Bruderorganisationen Bayerns war durch Kollegen Thoma-München, Württembergs durch Kollegen Österle und Nuding vertreten. Den badischen Beamtenbund vertrat Ministerialrechnungsrat Ott-Karlsruhe; auch der badische Lehrerverein entsandte einen Vertreter.

Mit besonderer Freude wurde die Anwesenheit des Ministers des Innern, Herrn Remmele, und des Herrn Regierungsrates Schwarz und einer größeren Anzahl Herren Landtagsabgeordneter begrüßt.

Auch der Badische Städteverband (Herr Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg), der Badische Städtebund (Herr Bürgermeister Dr. Gugelmeier) und der Badische Gemeindeverband (Herr Bürgermeister a. D. Julier-Mingolsheim) entsandten Vertreter.

Zur deutschen Kunstausstellung in Baden-Baden.

1.

* Der Kunsthistoriker späterer Epochen, der in der Tageskritik nach dem Niederschlag des Kunstgeistes unsrer Tage forschen wird, wird wohl einmal keinen leichten Stand haben, besonders wenn er auf die die diesjährige Baden-Badener Ausstellung umschwirrenden Angriffs-, Kampf- und Rückstoßartikel verfallen sollte. Er wird schließlich kopfschüttelnd und unter resignierter Zitierung des Hexenwortes „schön ist häßlich, häßlich schön" an seinem Vorhaben verzweifeln und die vergilbten Blätter mit einem Stoßseufzer wieder aus der Hand legen. Heute jedoch sollte man endlich versuchen, sich Klarheit über das eigentliche Woher und Warum jener im ganzen wenig erquicklichen Kämpfe zu verschaffen. Da wäre erst einmal zu bedenken, daß wohl nirgends der alte Spruch „allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die keiner kann" so sehr berechtigte Geltung hat wie bei einer Kunstausstellung (einmal im allgemeinen und dazu noch im besondern im Lande Baden). Jeder muß da naturgemäß irgendwen irgendwo vermissen, irgendwo irgendwen auch zu viel vertreten finden. Hier ist kritisch sein ebenso leicht, wie gerecht sein schwer ist. Man müßte da eben ein gewisses Vertrauen der Ausstellungsleitung gegenüber walten lassen und zugeben, daß sie, die von je einen schweren Stand hatte und gar heutzutage ein äußerstes an geschäftlichem Mut und Risiko daran zu setzen hat, um nur das nötige Material herbeizuschaffen, schließlich doch in der Lage sein muß, das letzte Wort bei der Auswahl zu sprechen. Nun fehlt freilich hier dieses Vertrauen, und zwar nicht eigentlich ohne Grund. Man ist wirklich wieder einmal allzu rücksichtsvoll gegen die verfahren, deren Bilder in eine Kunstausstellung aus dem einfachen Grunde nicht gehören, weil sie nicht das Geringste mit Kunst zu tun haben. Es gibt da Erzeugnisse, deren Vorhandensein in diesen Räumen geeignet ist, das ganze Unternehmen der Baden-Badener Jahresausstellung gerade bei den ernsthaften Besuchern, auf die es ankommt, in Mißkredit zu bringen. Und man hat weiterhin in der Konfrontierung einander stilfeindlicher Werke diesmal wahrhaft Ungeheuerliches geleistet. Gegen diese Art von Mißständen soll und muß man eifern. Nun ist aber gerade diesmal von der Ausstellungsleitung ein ganz energischer Schnitt vorwärts getan worden, der sicher geeignet wäre, Besserung in diese Verhältnisse zu bringen (wenn er nämlich einigermaßen Widerhall fände), indem die Einrichtung dreier Hauptsäle an eine Persönlichkeit abgegeben wurde, die doch nicht ganz ungeeignet sein dürfte, eine nach entschieden künstlerisch n sowie galerietechnischen Gesichtspunkten orientierte Auswahl der Bilder und Plastiken vorzunehmen. Das heißt, hier noch ist Vorbehalt nötig: gleichzeitig mit unsrer Baden-Badener Jahresausstellung ereignen sich noch auf verschiedensten Schauplätzen Ausstellungen größten Stils, die zum Teil schon vorher eröffnet worden waren und natürlich reichlich von den führenden Künstlern beschickt worden sind, so daß es gar nicht möglich war, jedesmal das nach eigener oder des Künstlers Wertung qualitätreichste Werk herbeizuschaffen. Doch konnte und sollte es ja auch hier gar nicht einmal auf eine Auswahl des Erlesenen ankommen, von entscheidender Bedeutung war es hier vielmehr, einer von jedem Einsichtigen immer stärker gefühlten Notwendigkeit Rechnung zu tragen, es endlich einmal weiteren Kreisen Badens zu ermöglichen, überhaupt zu der so vielfältigen, an Problemen reichen Kunst unserer Tage Stellung zu nehmen. Und bei aller Anerkennung der Verdienste um eine solide Arbeitsmethode des badischen Durchschnittsmalers — es hieße doch das Bild der Kunst der Gegenwart vollkommen fälschen, wollte man in einer Ausstellung, die den Anspruch erhebt, eine deutsche allgemeine Kunstausstellung zu sein, nur die Kallmorgen, Ritter, Volz, Fehr, Dill und deren Geistesverwandte zu Worte kommen lassen, und es z. B. dem fremdländischen Kurgast in Baden-Baden verschweigen, daß es daneben bei uns noch eine Art der Malerei gibt, die — ob im Einzelfalle ausgereift oder nicht — nun einmal ihre eignen vielfach verschlungenen Wege verfolgt, die mehr als in den Dingen selber in deren „farbigem Abglanz" Ausdeutung des Lebens sucht, mag man sie nun [illegible] Isthmus zuweisen. Wem will man es denn zur Last legen, daß die heutige Kunst spiegelklar die Physiognomie unserer modernen Geistigkeit zurückwirft, die nun einmal nicht, wie sich viele Pseudoidealisten so gern einreden möchten, stark, einfach, bieder und entschossen ist, sondern höchst kompliziert, sensibel, vielfältig hier- und dorthin gewandt? Man schaffe doch entweder die Künstler ab und setze impressionistisch retouchierende Naturphotographen an deren Stelle — (wie man es ja im Karlsruher Kunstverein ab und zu mit Erfolg versucht) oder man entschließe sich zu einem größeren Respekt vor dem in jedem einzelnen sich anders auswirkenden, doch alle mächtig beherrschenden Kunstgeist unserer Tage, dem es nicht bestimmt ist, von irgend einem Laien im Kommandoton Maß und Ziel gesetzt zu bekommen. Und betrachtet man den Stand der heutigen lebendigen Kunst im allgemeinen, wie er in den Ausstellungen von repräsentativer Bedeutung an andern Orten zur Geltung gelangt, so muß man die erfreulich ruhestörenden Maßnahmen in der diesjährigen Baden-Badener Ausstellung einfach als den ersten erfolgreichen Versuch betrachten, mit der raschen, kräftigen Gangart des gegenwärtigen deutschen Kunstlebens überhaupt Schritt zu halten. Es ist ja damit in keiner Weise gesagt, daß man nun etwa die großen Werte, die auch für uns und wohl für alle Zeiten in der Kunst der großen Naturalisten liegen (eine eingehende Besprechung der einzelnen Bilder soll hier noch folgen), gering achten soll, wie es denn in der Kunst überhaupt nicht — man muß diesen Gemeinplatz hier immer wieder hervorholen — um Entscheidung zu irgend einer Richtung oder Partei geht, sondern lediglich um das Erfassen von Werten, die jenseits theoretischen Meinungsstreites bestehen, um das Aufspüren der zum Gestalten befähigten Kraft. Zu zeigen, daß sich eine solche als echt erweise, sich auch im Gegenübergestelltsein und Vergleich mit andern Ausdrucksmöglichkeiten als lebensfähig bewähre, ist der eigentliche Sinn einer jeden, nach Beleuchtung der tatsächlichen künstlerischen Situation strebenden Ausstellung, ist somit auch das Recht der diesjährigen allgemeinen deutschen Kunstausstellung in Baden-Baden gewesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Herr Straßenbahndirektor Löwit-Mannheim gewählt.

Verbandsdirektor Weiler-Karlsruhe begrüßte die Anwesenden und legte weitergehend die Bestrebungen und Aufgaben der Gemeindebeamtenorganisation in kurzen Umrissen fest. Redner führte aus:

Am 24. Mai 1914, also vor genau 8 Jahren, haben die Verbände der badischen Gemeindebeamten, den ersten Badischen Gemeindebeamtentag in der Festhalle in Karlsruhe abgehalten. Regierung, Städtevertretungen, Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer der Landstände, die großen deutschen Beamtenverbände waren vertreten. 2200 Bürgermeister und Gemeindebeamten aus allen Gauen des Landes sind damals dem Rufe gefolgt. Es galt, die Wünsche zur Gestaltung des Gemeindebeamtenrechts und der Verbesserung des Fürsorgegesetzes, eindrucksvoll vorzubringen. Wir sind noch nicht am Ziele unserer Erwartungen. Wir haben zwar in der neuen Gemeindeordnung nunmehr einen besonderen Abschnitt über das Gemeindebeamtenrecht. Aber heute geht unser Bestreben darnach, für die deutsche Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit, für die Kollegen von Reich, Staat und Gemeinden, ein deutsches Recht, kein badisches Gemeindebeamtenrecht zu erhalten. Unsere Spitzenorganisation, der Deutsche Beamtenbund, hat dieses Riesenwerk in über 50 Sitzungen unter der sachverständigen Mitwirkung bewährtester Kräfte ausarbeiten lassen und Sie haben im badischen Lande in der zweiten Hälfte des Juni Gelegenheit, wohl einen der besten Kenner des Beamtenrechtes, Herrn Geh. Admiralitätsrat Greß in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg — und den Wünschen von gestern entsprechend — auch in Pforzheim zu hören.

Das Fürsorgegesetz hat uns bei weitem nicht das gebracht, was wir erwarten durften. Deshalb unser heutiger Gemeindebeamtentag, der erste, den der Zentralverband in seiner Geschlossenheit einberufen hat.

Seit jener Zeit hat das deutsche Volk bittere Tage hinter sich. Der unselige Krieg, der 6 Wochen nach jener Tagung ausgebrochen ist, hat manchen der damaligen Teilnehmer ins Jenseits abberufen, hat manchem der Kollegen, die anwesend waren, die einzige Hoffnung und den Stolz ihres Lebens auf dem Felde draußen gelassen und hat manchen an den furchtbaren Folgen der Hungerblockade in das Siechtum gebracht.

Wir haben einen Krieg verloren und wir sind einsichtig genug, bei unseren Forderungen immer wieder daran zu denken: Wir haben heute andere Verhältnisse. Wir Gemeindebeamten sind geeinigt in der Beamtengewerkschaft, sind Mitglied des machtvollen Deutschen Beamtenbundes und wir helfen, mit an dem Wiederaufbau des Volkes. Die Erkenntnis hat sich im deutschen Volke durchgerungen, daß die Gewerkschaften, seien es nun die freien oder die christlichen oder die übrigen, die neutralen, heute eine Notwendigkeit sind, daß sie Pflichten zu erfüllen haben und daß sie ein unentbehrliches Bindeglied zwischen dem werktätigen Volke und den Repräsentanten der Volksgewalt, der Regierung darstellen. Es ist ihnen die Aufgabe erwachsen, unter Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder für die Ruhe und Stetigkeit der Ordnung im Reiche und im Lande zu sorgen und im Prozeß der Volkswirtschaft vermittelnd einzugreifen.

Wenn heute der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens als solcher erstmals einen badischen Gemeindebeamtentag einberuft, so geschieht dies, weil er die Verpflichtung in sich fühlt, seine Verbandsmitglieder, die aus allen möglichen Teilen des Reiches kommen und die aus allen Ständen zusammengesetzt sind, in ihrer Mannigfaltigkeit zur Solidarität und zu noch größerer Geschlossenheit zu erziehen.

Wir haben den Badischen Gemeindebeamtentag auch deswegen einberufen, weil es uns gelungen ist, in der Person des Altmeisters des Badischen Gemeinderechts, dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg, jemanden zu bekommen, der in der Lage ist, den Gemeindebeamten die Wege zu weisen, die sie beim Studium des Gesetzes zu gehen haben.

Wir sind auch gekommen, um der Regierung und den Landständen zu sagen, daß die Regelung des Fürsorgegesetzes uns Gemeindebeamte nicht befriedigt und um auseinanderzusetzen, was wir auf dem Herzen haben, um in gegenseitigem Zusammenarbeiten an einem brauchbaren Gesetzeswerke mitzuhelfen. Wir sind zusammengekommen, um Stadt und Land einander näher zu bringen. Kein Verband, keine Organisation in Baden ist so sehr geeignet, hier mitzuhelfen und mitzuwirken, wie der Verband der Gemeindebeamten, der in jeder Gemeinde draußen etwa 10 Mitglieder zählt und der in den Städten Tausende sein eigen nennt.

Die große Linie auf der sich unser Verband im Rahmen des Volksganzen zu bewegen trachtet, stimmt mit derjenigen des Ministeriums des Innern überein und wenn uns in Einzelfragen auch Ansichten hin und wieder trennen, so sind wir doch in dem Bewußtsein, daß die Gemeindebeamten zunächst die Diener des Volkes und der Gemeinde sein müssen und daß daraus ihre Pflichten gegen das Volksganze erwachsen, einig. Wir Gemeindebeamten haben auch das gleiche Interesse an der Gesundung der Gemeinden, das im Ministerium des Innern vorherrscht. Wir sind auch der Ansicht, daß der Kurs, den die Reichsregierung in der Not eingeschlagen hat, indem sie den Gemeinden die Möglichkeit zur Fristung ihres Daseins genommen hat, zu verurteilen ist und daß es verfehlt wäre, wenn man die Säulen des Staates und des Reiches, die Gemeinden, an den Bettelstab bringen würde, auch hier die gleiche Linie mit der Staatsregierung und ihren Vollzugsorganen.

Nach Begrüßung zahlreich erschienener hoher Gäste wird in die Tagung des Gemeindebeamtentages eingetreten. Redner stellte richtunggebend den Grundsatz auf: Wir Beamte sind Diener der Gesamtheit, wir wollen dem Volksganzen dienen, wir nehmen aber für uns in Anspruch, daß das Volk sich seiner Pflicht uns gegenüber bewußt ist.

Stadtbaurat Keil-Mannheim, als Repräsentant der örtlichen Organisation begrüßt mit herzlichen Worten die Ehrengäste und Kollegen in den Mauern Mannheims.

Der Minister des Innern, Herr Remmele, von der Versammlung mit Beifall begrüßt, führte folgendes aus:

Die Badische Regierung hat mich beauftragt, Ihnen zu Ihrer heutigen Tagung die besten Grüße zu übermitteln und Ihren Verhandlungen den besten Erfolg zu wünschen. Für die Einladung zu Ihrer heutigen Tagung sagen wir Ihnen verbindlichsten Dank. Die Regierung ist sich durchaus bewußt, daß heute hier in Mannheim die geistigen Träger der unteren Zelle des Staates versammelt sind, sie ist sich auch bewußt darüber, daß in den vergangenen schweren Kriegsjahren sowohl wie in den vergangenen Übergangsjahren kaum jemand mehr als die Beamten der Gemeinden schwere Pflichten und schwere Bürden haben tragen müssen. Als der Krieg ausbrach, war es mit Aufgabe der Gemeindebeamten, die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte zu organisieren und als dann das große Elend, der Zusammenbruch kam, und die Hoffnung zunächst wach wurde, es gehe jetzt wieder besseren Zeiten entgegen, suchten wieder neue große Enttäuschungen unser leidendes Volk heim, die in ihrer Auswirkung manche schwere Arbeit für diejenigen, die in der Verwaltung der Gemeinde den Dienst tun mußten, brachten.

Verehrte Versammlung! Es wäre vermessen, angesichts dieser Sachlage, sich der Verpflichtung hinsichtlich der sozialen Wohlfahrt gegenüber der Gemeindebeamtenschaft nicht zu erinnern. Aber, verehrte Versammlung, der Herr Verbandsvorsitzende Weiler hat schon gesagt, das Wohl und Wehe der Beamtenschaft ist auch das Wohl und Wehe der Allgemeinheit und des Volkes. Wir wissen, daß das Fürsorgegesetz nicht die berechtigten Ansprüche erfüllt hat, umso weniger als mittlerweile die Geldentwertung die in das Fürsorgegesetz gesetzten Hoffnungn völlig zerschlagen hat. (Sehr richtig.) Es war durchaus im Sinne der Regierung gehandelt, als vor wenigen Tagen erst der Badische Landtag im Hinblick auf diese Entwicklung von der Regierung eine möglichst schnelle Revision des Fürsorgegesetzes forderte und ich kann mitteilen, ehe 14 Tage verflossen sein werden, wird Ihr Berufsverband und werden die Gemeindeverbände die Möglichkeit haben, zu einem diesbezüglichen Entwurf Stellung zu nehmen. (Beifall.) Aber, sehr verehrte Versammlung, was will das heißen angesichts der Schwere unserer Zeit und des Dunkels, das über uns lagert. Ich gebe ohne weiteres Ihnen zu, mancherlei berechtigte Beschwerden über unser heutiges Leben mögen vorhanden sein. Bei allen aber denken Sie daran: Das Finanzelend der Gemeinden, welches im Hinblick auf die Absichten zur Durchführung sozialer Aufgaben manches Hemmnis bereitet, dieses Finanzelend der Gemeinden ist auch das des Staates und des Reiches, ja der ganzen Welt und wenn Sie ein Exempel haben wollen, studieren Sie Genua und ersehen Sie daraus, daß dort nicht nur der Besiegte, sondern auch der Sieger zugeben mußte, daß, wenn die Besiegten untergehen, die Welt, das heißt Europa, untergehen wird. Und damit, glaube ich, kommen wir auf die Linie, die uns zur einmütigen Arbeit zusammenführen muß und wie Herr Weiler ganz richtig gesagt hat, zusammengeführt hat, auch dann, wenn manchmal ein paar harte Köpfe zusammenstießen. Wir haben den guten Willen uns zu verständigen und ich glaube in diesem Willen wollen wir weiterhin zusammenarbeiten zum Wohle Deutschlands und zum Wohle unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Kutzer, als Vertreter der Stadt Mannheim, begrüßt die Versammlung auf das herzlichste und heißt die Erschienenen in Mannheim freundlichst willkommen.

In der heutigen Zeit muß aber erstes Ziel die Erhaltung der Volkskraft sein. Damit sei aber auch ausgesprochen, daß heute ein Zusammenarbeiten aller, insbesondere der berufsmäßigen Diener der Allgemeinheit, der Beamten, in welcher Stelle sie stehen, ob in leitender oder vollziehender, eine Notwendigkeit ist, nur zum guten Gelingen des wiederaufzubauenden Werkes beizutragen. Heute treten die Beamten in anderer Form den Gemeindeverbänden und Gemeindeverwaltungen gegenüber. Eine straffe Organisation vereint sie, die Zeit und ihre Not hat sie geboren. Die Organisation erschien uns anfangs nicht als ein Gebilde aus Himmelshöhen. (Heiterkeit.) Aber die Verwaltungen haben die Umstände der Zeit verstanden und heute sind nicht nur im wesentlichen die Reibungen überwunden, sondern die gemeinsame Arbeit in allen Fragen, welche das Wohl und das Interesse der Beamten angehen, ist uns selbstverständlich geworden. (Beifall.) Dies ist überdies auch gesetzlich verbürgt und soll auch noch weiter gesetzlich ausgebaut werden. Der Zusammenschluß der Beamten und die durch diesen Zusammenschluß erleichterte Mitarbeit muß sich bei den gemeinsamen Aufgaben auswirken und gute Früchte zeitigen. Ein Jeder und auch die Gemeinde muß dem Volke durch eine wirtschaftlich eingestellte Arbeit dienen. Höchste Leistungen bei geringstem Aufwand ist Gebot, das heißt aber für den inneren Betrieb der Gemeinde keine Arbeitsstelle ohne volle Arbeit, keine Stelle ohne notwendige Arbeit, keine Stelle ohne nützliche und zweckmäßige Arbeit. Es gehören dazu aber auch Beamte mit guter Vorbildung und Beamte mit andauerndem Fortbildungsdrang.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Direktor Flügel, wird von der Versammlung stürmisch begrüßt und führt aus: Ich danke Ihnen zuvor für den herzlichen Willkomm, den Sie mir eben bereitet haben. Ich weiß, er galt nicht meiner Person, denn Personenhuldigungen sind Ihnen wie mir verhaßt und Personenhuldigungen wollen wir in der deutschen Beamtenschaft und in der Organisation niemals einziehen lassen. Ich weiß, dieser Willkomm galt dem Werk, an dem ich schaffe, mit Ihnen schaffe, mit jedem einzelnen von Ihnen, das Werk der Großorganisation des Deutschen Berufsbeamtentums. Im Namen der Leitung des Deutschen Beamtenbundes habe ich Ihnen herzlichen Dank zu sagen, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, den Deutschen Beamtenbund auf dieser wundervollen Tagung zu vertreten. Ich bin gerne zu Ihnen gekommen, denn ich liebe Ihr Land, von dem ich nicht weiß, ob es reicher, fruchtbarer oder schöner ist. Ich liebe die Menschen, die das seltene Glück haben, in diesem glücklichen Lande zu wohnen. Ich liebe sie vor allem darum, weil bei diesen Menschen nicht der Geheime Rat vor den Menschen, sondern der Mensch vor dem Geheimen Rat geht. (Lebhafter Beifall.) Ich habe in diesem Lande Freunde, treue, treueste Freunde und diese Freunde sind Ihre Führer. Diese meine Freunde, Ihre Führer, waren es, die in schwerster Stunde mich darin unterstützten, für den Deutschen Beamtenbund das Programm der Vernunft aufzurichten. (Lebhafter Beifall.) Diese Freunde waren es, die mir dabei halfen, die Brücke über den Main, die da angesägt werden sollte vom Geiste der Zerstörung, zu erhalten und ich verspreche Ihnen, so lange ich die Ehre habe, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes zu sein und darüber hinaus, will ich diesen meinen treuesten Freunden die Treue halten und so lange ich die Ehre habe, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes zu sein, wird mir die Brücke über den Main nicht angetastet. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben auf der letzten Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes ein Programm geschaffen, oder doch wenigstens die Grundlinien hierfür, das Programm des Deutschen Berufsbeamtentums. Es gilt, dieses Programm zu erfüllen und dies wird die Arbeit der nächsten Jahre sein. Wir werden dieses Programm aber nur dann erfüllen können, wenn wir stark sind und wir werden stark sein und bleiben, wenn wir einig sind. Dazu ist nötig, daß das, was zwischen uns trennend ist, zurückgestellt wird zugunsten des Einigenden, dazu ist nötig, daß wir, wenn wir in unsere Versammlung gehen, wenn wir an unsere Arbeit gehen, das Mitgliedsbuch unserer Partei zu Hause lassen, dazu ist nötig, daß, wenn wir in unsere Versammlung und an unsere Arbeit gehen, vergessen, welcher Besoldungsgruppe wir angehören. (Beifall.) Wir haben im Deutschen Beamtenbunde nicht Gruppenpolitik zu treiben, sondern Gesamtpolitik. Dazu ist nötig, daß, wenn wir zusammenkommen, die Titel und Amtsbezeichnung vergessen, die man uns auferlegt hat. (Beifall.) Wir wissen, daß wir verbunden sind auf Gedeih und Verderb, das Wohlergehen des Einen ist das Wohlergehen des Anderen. Des Einen Mißerfolg ist der Mißerfolg des Andern, mit dem er steht und mit dem er fällt.

Bundesdirektor Ehrmann vom Reichsbund der Gemeindebeamten Deutschlands überbringt herzliche Grüße und die besten Wünsche zur heutigen Tagung sowohl von seiten des Reichsbundes wie auch seitens des Verbandes der Kommunalbeamten u. Angestellten Preußens, welcher als größter Bruderverband Seite an Seite in einmütiger und gleichgerichteter Bestrebung mit den Badenern geht. Die Losung müsse sein, Treue gegen Treue, Nord und Süd ist einig.

In herzlichen Worten gaben auch die Vertreter der übrigen Bruderorganisationen ihrer Sympathie und Solidarität mit den Badenern Ausdruck. (Schluß folgt.)

Aus der Landeshauptstadt.

Bevorstehende Verbesserungen im Fernsprechverkehr.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden ist beim Reichspostministerium wegen Verbesserung der Fernsprechverbindungen, namentlich nach Berlin, Frankfurt a. M. und dem Rheinland, vorstellig geworden. Das Reichspostministerium ließ der Handelskammer folgenden Bescheid zugehen:

„Zur **Verbesserung des Fernsprechverkehrs von Karlsruhe** (Baden) mit **Berlin** sowie mit **Frankfurt** (Main) und darüber hinaus mit dem **Rheinland ist je eine neue Fernsprechleitung Berlin—Karlsruhe** und **Frankfurt—Karlsruhe im Bau begriffen.** Hinzu kommt ferner eine **neue Leitung Frankfurt—Baden-Baden,** durch welche die Verbindungen zwischen Karlsruhe und Frankfurt von dem Baden-Badener Verkehr entlastet und aufnahmefähiger gemacht werden. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieser Leitungen steht in Kürze zu erwarten. Weitere bedeutende Verbesserungen wird der Fernsprechverkehr von Karlsruhe durch die **Einbeziehung in das geplante große Fernkabelnetz** erfahren, das zurzeit in der Ausführung begriffen ist. Im laufenden Jahr wird die **Fernkabellinie Berlin—Frankfurt** hergestellt, im nächsten Jahre werden sich die **Kabellinien Frankfurt—Köln** und **Frankfurt—Mannheim—Karlsruhe—Stuttgart** anschließen, später wird die **Kabelverbindung Karlsruhe—Freiburg (Baden)—Basel** folgen. Es sind also nach allen Seiten neue Abflußwege für den Fernverkehr vorgesehen, die allen Bedürfnissen genügen werden."

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Lotterie der katholischen Kirchengemeinde Gosbach, Oberamts Geislingen betr.

Dem katholischen Kirchenstiftungsrat Gosbach wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 8000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Instandsetzung der dortigen Kirche. — Preis des Loses 4,166 M. zuzüglich 83,333 Pf. Reichsstempelabgabe, Ziehung: 3. August 1922 — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 31. Mai 1922.

Ministerium des Innern.

J. V.: Leers. Schmidt.

Die Errichtung einer Apotheke in Brühl.

In Brühl, Amt Schwetzingen, soll eine Apotheke errichtet und die persönliche Berechtigung zu deren Betriebe auf die Gemeinde Brühl übertragen werden.

Bewerbungen um die Pacht dieser Apotheke sind binnen vier Wochen unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1922.

Bad. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Arnsperger. Zeller.

Bekanntmachung betr. die staatliche Prüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen, sowie die Einrichtung von Nachschulungskursen gemäß §§ 1 ff. und § 5 Satz 2 der Verordnung vom 17. März 1921.

I. Staatliche Prüfung:

In der Zeit vom 21.—23. Dezember 1922 findet eine staatliche Prüfung statt. Prüfungsstelle im Sinne des § 1 der Verordnung ist die soziale Frauenschule Mannheim. Die Prüfung umfaßt das Hauptfach **Gesundheitsfürsorge.**

Die Zulassungsbedingungen sind beim Arbeitsministerium zu erheben.

Meldungen zur Prüfung sind bis spätestens 1. November 1922 an die soziale Frauenschule, Mannheim, L 3, 2 zu richten.

Die Prüfungsgebühr von 50 M. ist spätestens 14 Tage vor der Prüfung bei der Handkasse des Badischen Arbeitsministeriums einzuzahlen.

II. Nachschulungskurse:

Zur Erleichterung der nachträglichen Erlangung fehlender theoretischer Ausbildung für im Beruf stehende Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen werden nach § 5 der Verordnung vom 17. März 1921 besondere Kurse unter Staatsaufsicht an staatlich anerkannten sozialen Frauenschulen eingerichtet.

Der erste Kursus mit dem Hauptfach **Gesundheitsfürsorge** finden an der sozialen Frauenschule Mannheim in der Zeit von Anfang September bis Mitte Dezember 1922 statt.

Kursgebühren 300 M.

Die Meldungen sind bis zum 1. Juli 1922 an die soziale Frauenschule Mannheim L 3, 2 zu richten.

Die Leiterin dieser Schule wird außerdem am Samstag, den 1. Juli d. J., nachmittags 2—6 Uhr, in der Geschäftsstelle der Schule, Mannheim L 3, 2, zur mündlichen Beratung zur Verfügung stehen.

Zum Kursus zugelassen werden nur solche Bewerberinnen, die den Nachweis pflegerischer Ausbildung und praktischer sozialer Betätigung erbringen.

Als Nachweis pflegerischer Ausbildung gilt:

a) die staatliche Anerkennung als Krankenpflegerin,
b) die staatliche Anerkennung als Säuglingspflegerin,
c) die erfolgreiche Ausbildung in Säuglings- oder Krankenpflege von mindestens 1jähriger Dauer.

In besonderen Fällen kann bei sonst nachgewiesenen pflegerischer Praxis von dieser Bestimmung Nachsicht erteilt werden.

Als Nachweis praktischer sozialer Betätigung gilt:

sofern mindestens 1jährige Ausbildung in einer seither staatlich anerkannten sozialen Frauenschule nachgewiesen werden kann: erfolgreiche praktische soziale Arbeit von mindestens 1½jähriger Dauer in gehobener selbständiger Stellung;

andernfalls: erfolgreiche praktische soziale Arbeit von mindestens 3jähriger Dauer in gehobener selbständiger Stellung.

Die erfolgreiche Beteiligung an dem Kursus gilt als ausreichende theoretische Ausbildung:

1. für die Zulassung zur staatlichen Prüfung nach Abschnitt I (staatliche Anerkennung nach Muster A),
2. für die Bewerbung um die staatliche Anerkennung nach § 18 Absatz 2 Ziffer 3 der Verordnung vom 17. März 1921, falls die übrigen Voraussetzungen gegeben sind (staatliche Anerkennung nach Muster B).

Karlsruhe, den 2. Juni 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Engler. Fuchs.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zu Pfingsten erschien:

Strafanstalt
oder
Lebensschule?

Erlebnisse und Ergebnisse zum Thema „Schulstrafen“

Allerlei Weckrufe und Denkhilfen für Lehrer, Eltern, „Sonstige“ und „Instanzen“

Mit Beiträgen von:
Georg Kerschensteiner, Ernst Goldbeck, Karl Reinhardt, August Strindberg, Alfred Andreesen, Hertha Beck, Margarete Berlin, Otto Bonte, Walter Fabian, Wilhelm Ganzenmüller, Paul Gärtner, Marie Gruhl, Franz Hilker, Max Hodorn, Margarete Hoffmann-Gwinner, Alfred Ilgner, Artur Jacobs, Otto Juliusberger, Siegfried Kawerau, Hermann Kölling, Aug. E. Krohn, Heinrich Landahl, Berta Lask, Adolf Lutz, Elsa Ochs, G. Proske, Bruno Saaler, Franz Sachs, Walter Schönbrunn, Henny Schumacher, Anna Siemsen, Lydia Stöcker, Karl Werckshagen

Herausgegeben
von
PAUL OESTREICH

Preis 80 M

*

Unser ganzes Schul- und Bildungswesen ist im Umbau begriffen. Allmählich bricht sich eine Auffassungsweise Bahn, die wieder dem Menschen und dem Leben, statt den Ständen und „Berechtigungen“ zu genügen sucht. Verständnis und Gerechtigkeit für die Jugend, die Jugend in berechtigtem Maße das Subjekt der Erziehung: das ist der Sinn aller heutigen Schulreformbewegung. Wer sich der Anklage gegen die alte Schule erinnert, all die vielen „Schultragödien“ auf ihren Kern prüft, der stößt immer wieder auf „Schulstrafe“ als Ursache oder Anlaß! So war es ein verdienstvolles Werk, einmal ein ganzes Buch allein der Frage der Schulstrafe zu widmen und zur Mitarbeit neben den „Autoritäten“ auch den Arzt, den Juristen, die Mutter, den Studenten und den Schüler, den Krüppel wie den Sitzengebliebenen — Lehrer, Männer und Frauen aus Nord und Süd, Ost und West heranzuziehen.

Ein vielstimmiger Chorus spricht hier: „Offizielle“ und „Revolutionäre“, die Leute der Stadtschule wie des Landerziehungsheims, der „höheren“ wie der Volksschule. Und „Humanisten“ wie „Entschiedene“ haben schlicht, jedem verständlich geschrieben. Die einen voll ruhiger Abgeklärtheit, die anderen mit stürmischer Leidenschaft.

Es ist ein Buch der Bekenntnisse, das man in Erregung und mit Spannung durchfliegt. Dieser Chorus wird nicht ungehört verhallen. Eltern, Ärzte, Jugendrichter, Jugendpfleger, Berufsberater sollten dies Buch lesen; vor allem dürfte es in keiner Lehrer-, Seminar-, Junglehrerbibliothek fehlen.

Nicht graue Theorie wird hier gegeben, sondern pulsierendes, warmes Leben! Nur das Einfühlen in solche Wirklichkeiten kann die Strafpraxis unserer Schule ändern. Und die Beschäftigung mit dieser brennend der Reform bedürftigen „Schulstrafenfrage“ führt den nachdenkenden Leser mit unentrinnbarer Folgerichtigkeit zur Forderung der Schulreform. Ohne Schulreform keine

Lösung des Schulstrafenproblems!

Insofern ist diese Essaisammlung ein Dokument der Not und der Wahrhaftigkeit, ein Weckruf und eine Denkhilfe.

G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
KARLSRUHE (BADEN)
Karlfriedrichstraße 14

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 6. Juni 7 - gegen ½10 Uhr Mk. 30.—. Abonnement C4. Th. Gem. B. V. B. Nr. 2551-2800.
Im weißen Rößl.

Konzerthaus.

Badische Lichtspiele A.326

Mittwoch, 7., Donnerstag, 8. und Samstag, 10. Juni 1922, jeweils nachmittags 6 Uhr und abends ½9 Uhr

Chemische u. physikalische Spielereien.
Wanderrudern.
Mit dem Flugzeug zum Mond
(herg. von der Sternwarte d. Techn. Hochschule Berlin).
Dressur deutscher Schäferhunde.
Westerland Sylt.
Verkaufsstellen wie bekannt, siehe Plakatsäulen.

In dem Schnellzug ab Straßburg 10,45 **Freitag** vormittag Anschluß Karlsruhe 2,25 nach Mannheim erster Klasse-Wagen A.323

großer Brillant

verloren gegangen. Finder erhält **große** Belohnung. Näheres unter A. 323 an die Expedition ds. Bl.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

N.583. **Mosbach.** Die Landwirt **Karl Joh Witwe, Susanna geb. Brenner,** Landwirt **Adam Stabler Witwe, Rosa geb. Brenner** und die Landwirt **Christof Stabler Ehefrau, Katharina geb. Brenner** alle in Asbach, haben beantragt, den verschollenen, am 9. Juli 1873 zu Asbach geborenen, **Georg Jakob Brenner,** zuletzt wohnhaft in Asbach, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Freitag, 22. Dezember 1922, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.

Mosbach, 22. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht.

Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

Mannheim. N.609

Zum Handelsregister B Band XXI O.-Z. 47 wurde heute die Firma **„Ferro-Chemie Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“,** Mannheim, Kirchenstraße 7, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 8. April 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Der Ankauf und Verkauf von Eisen, Erzen, Metallen, Chemikalien und verwandten Artikeln. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten sowie sich an einschlägigen Unternehmungen zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt 100 000 M. Martin Kallmann, Kaufmann, Mannheim, Kurt Kallmann, Apotheker, Mannheim, sind Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Von den Geschäftsführern Martin Kallmann, Kaufmann, Mannheim, und Kurt Kallmann, Apotheker, Mannheim, ist jeder allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Mannheim, 15. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. N.610

Zum Handelsregister A Band XXII O.-Z. 122, Firma **„Frigge & Welz“** in Mannheim wurde heute eingetragen: Das Geschäft ist samt der Firma auf den bisherigen Gesellschafter Heinrich Frigge, Werkmeister in Mannheim-Käfertal, übergegangen.

Mannheim, 17. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. N.611

Im Handelsregister B Band XXI O.-Z. 46 wurde heute die Firma **„Trefz & Co., Kohlenhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung“,** Mannheim, Lameystr. 12a, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 18. April 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Groß- und Kleinhandel mit Kohlen, Holz und sonstigen Bergwerks- und Hüttenartikeln einschließlich aller Nebenprodukte. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 48000 M. Ernst Trefz, Kaufmann, Mannheim, Hugo Nirmaier, Kaufmann, Mannheim, sind Geschäftsführer. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger.

Mannheim, 15. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4

Mannheim. N.670

Zum Handelsregister B Band I O.-Z. 45 Firma **„Rheinschiffahrt Aktiengesellschaft vorm. Fendel“** in Mannheim, wurde heute eingetragen:

Dr. Arthur Meyer, Hermann Ernst Hirsch und Michael Freimüller, alle in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen derart bestellt, daß jeder in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.

Josef Lorge in Ludwigshafen a. Rh. ist als Gesamtprokurist bestellt.

Mannheim, 16. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Mannheim. N.671

Zum Handelsregister Band II O.-Z. 6, Firma **„Pfälzische Bank Filiale Mannheim“** in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Pfälzische Bank in Ludwigshafen a. Rh., wurde heute eingetragen:

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Februar 1922 ist die Gesellschaft aufgelöst. Eine Liquidation findet nicht statt. Das Vermögen wird als Ganzes an die Aktiengesellschaft Rheinische Creditbank in Mannheim übertragen. Auf je 4800 M. nominell Aktien der Pfälzischen Bank wird eine Aktie der Rheinischen Creditbank in Mannheim von 1000 M. gewährt. Die übernehmende Gesellschaft hat das Recht, die Firma der aufgelösten Gesellschaft unverändert oder mit einem Zusatz fortzuführen.

Mannheim, 16. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Mannheim. N.673

Zum Handelsregister Band X O.-Z. 18, Firma **„Süddeutsche Bank Abteilung der Pfälzischen Bank in Mannheim“** als Zweigniederlassung der Firma Pfälzische Bank in Ludwigshafen a. Rh., wurde heute eingetragen:

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Februar 1922 ist die Gesellschaft aufgelöst. Eine Liquidation findet nicht statt. Das Vermögen wird als Ganzes an die Aktiengesellschaft Rheinische Creditbank in Mannheim übertragen.

Auf je 4800 M. nominell Aktien der Pfälzischen Bank wird eine Aktie der Rheinischen Creditbank in Mannheim von 1000 M. gewährt. Die übernehmende Gesellschaft hat das Recht, die Firma der aufgelösten Gesellschaft unverändert oder mit einem Zusatz fortzuführen.

Mannheim, 16. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Mannheim. N.677

Zum Handelsregister B Band XXI O.-Z. 48, wurde heute die Firma **„Hausgesellschaft mit beschränkter Haftung“,** in Mannheim, Q. 1. 4, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 12. April 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung von Hausgrundstücken. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Hermann Levi, Kaufmann, Mannheim, ist Geschäftsführer. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Mannheim, 16. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Müllheim. N.616

Zu O.-Z. 207 des Handelsregisters A wurde heute eingetragen: **Hotel Bellevue, Fanny Mager,** Badenweiler. Inhaber der Firma ist Frau Fanny Levi Mager in Badenweiler. Dem Julius Levi Mager in Badenweiler ist Prokura erteilt.

Müllheim, 26. Mai 1922.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Müllheim. N.617

Unter O.-Z. 206 des Handelsregister A wurde heute eingetragen: **Theodor Thoma zum Löwen,** Müllheim. Inhaber der Firma ist der Gastwirt Theodor Thoma in Müllheim. Der Gastwirt Theodor Thoma Ehefrau, Emma geb. Vogelbach in Müllheim ist Prokura erteilt.

Müllheim, 26. Mai 1922.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Oberkirch. N.603

Zum Handelsregister Abt. A O.-Z. 59 betr. die Firma **Andreas Huber** in Oppenau wurde eingetragen. Jeder der Gesellschafter Ludwig Huber in Ibach und Leopold Huber in Oppenau ist seit dem 1. März 1919 berechtigt, die Firma allein zu vertreten und zu zeichnen.

Oberkirch, 24. Mai 1922.
Amtsgericht.

Oberkirch. N.638

Die Veröffentlichung vom 18. Mai 1922 betr. die Firma **Herr und Dutzi G. m. b. H.** in Oppenau wird dahin berichtigt, daß es heißen muß: Der Gesamtwert der Einlage beträgt 400 000 M. nicht 40 000 M.

Oberkirch, 28. Mai 1922.
Amtsgericht

Pforzheim. N.612

Handelsregistereinträge.

1. Firma **Maurer & Schweickert** in Pforzheim, Zerrennerstraße 46. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Reinhard Maurer und Adolf Schweickert in Pforzheim. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Mai 1922. Angegebener Geschäftszweig: Alpakawarenfabrikation.)

2. Firma **Leopold Greif** in Pforzheim, Lameystr. 24. Inhaber ist Kaufmann Leopold Greif in Pforzheim. (Angegebener Geschäftszweig: Edelsteinhandlung.)

3. Firma **Hermann Martin** in Pforzheim, Durlacher Straße 1, Inhaber ist Kaufmann Herrmann Martin in Pforzheim. (Angegebener Geschäftszweig: Juwelenfabrikation und Großhandel mit Goldwaren.)

4. Firma **Wilhelm Reuter** in Pforzheim westl. 286. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Reuter in Pforzheim. (Angegebener Geschäftszweig: Bijouteriefabrikation.)

5. Firma **Schabl & Vollmer** in Pforzheim, Bleichstraße 29. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Techniker Georg Schabl und Wilhelm Vollmer in Pforzheim. Offene Handelsgesellschaft seit 1. April 1922. (Angegebener Geschäftszweig: Juwelenfabrikation.)

6. Firma **Schlingloff & Burgermeister** in Pforzheim, Museumstraße 4. Dem Fräulein Helene Deschler in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt.

7. Firma **K. Antritter** in Pforzheim, Osterfeldstr. 7. Kaufmann Hermann Martin ist aus der Gesellschaft ausgetreten und Kaufmann Otto Schneider in Pforzheim als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.

Amtsgericht Pforzheim.

Rastatt. N.665

In das Handelsregister wurde heute eingetragen die Firma **„Union-Werke, Fabrikation von Metallwaren und Werkzeugen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“** in Rastatt. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Beschlägen, Autoteilen und sonstigen einschlägigen Gegenständen. Stammkapital: 200 000 M. Geschäftsführer sind: Franz Kittel, Fabrikant in Bischweier, Sigmund Ettlinger, Kaufmann u. Teilhaber der Firma Dreyfuß und Ettlinger in Rastatt, Julius Ettlinger, Kaufmann und Teilhaber der Firma Dreyfuß und Ettlinger in Rastatt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. April 1922 errichtet worden. Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer und Prokuristen haben. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft vertreten durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen. Von der Gesellschafterin Firma Dreyfuß und Ettlinger sind auf ihre Stammeinlage Gegenstände als Einlage im Werte von 55 687 Mark und von dem Gesellschafter Kittel auf seine Stammeinlage ebenfalls Gegenstände als Einlage im Werte von 14 619 Mark 50 Pf. eingebracht; auf den näheren Beschrieb dieser Gegenstände wird auf die Verzeichnisse und die Urkunde Bezug genommen.

Rastatt, 29. Mai 1922.
Amtsgericht.

Schwetzingen. N.634

Handelsregistereintrag Abt. B Band I unter O.-Z. 26: **Schütte-Lanz Holzwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** zu Brühl. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Säge- und Hobelwerkes, Betrieb eines Furnierwerkes und einer Sperrplattenfabrik, Lagerung und Spedition von Hölzern und anderen Gütern. Erwerb und Beteiligung an gleichartigen Unternehmungen. Das Stammkapital beträgt 300 000 M. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Mai 1922 errichtet. Die Gesellschaft wird durch einen od. mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens 2 Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Geschäftsführer sind: Georg Christians, Dipl. Ingenieur in Heidelberg und Franz Kruckenberg, Dipl. Ingenieur in Heidelberg. Dem Kaufmann August Schuhmacher in Mannheim-Neckarau ist Prokura derart erteilt, daß er nur zusammen mit einem Geschäftsführer die Gesellschaft vertreten darf.

Schwetzingen, 30. Mai 1922.
Amtsgericht 2.

Schwetzingen. N.635

Handelsregistereintrag Abt. A Band II zu O.-Z. 144 — **Belz & Co.** in Friedrichsfeld. — Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.

Schwetzingen, 29. Mai 1922.
Amtsgericht 2.

Waldkirch. N.644

In das Handelsregister A Band I ist unter F. O.-Z. 210 heute eingetragen worden: **Anton Häringer,** Sägewerk und Holzhandlung in Untersimonswald. Inhaber ist Anton Häringer, Sägewerkspächter und Holzhändler in Untersimonswald.

Waldkirch, 24. Mai 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Wertheim. N.650

In das Handelsregister Abt. A. O.-Z. 202 wurde eingetragen: Firma **Stern & Hahn, Külsheim.** Gesellschafter sind: **Albert Stern,** Viehhändler, Bernhard Hahn, Viehhändler, beide in Külsheim. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1919 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesellschafter ermächtigt.

Wertheim, 24. Mai 1922.
Amtsgericht.

Wertheim. N.651

In das Handelsregister B wurde unter O.-Z. 11 eingetragen: **Freudenberger Zigarrenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit dem Sitz in Freudenberg. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf von Rohtabaken und die Verarbeitung derselben zu Zigarren und Rauchtabaken und der Verkauf der fertiggestellten Waren. Stammkapital 60 000 M. Geschäftsführer sind: Hugo Will, Bierbrauereibesitzer, Otto Haamann, Fabrikbesitzer, beide in Freudenberg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der gesellschaftsvertrag ist am 15. Mai 1922 errichtet. Die Gesellschaft wird gerichtlich und außergerichtlich durch 2 Geschäftsführer vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im Deutschen Reichsanzeiger.

Wertheim, 30. Mai 1922.
Amtsgericht.

Wiesloch. N.666

Im Handelsregister A Band I wurde eingetragen: 1) zu O.-Z. 364 Firma **Schönberger Boch & Co.** in Walldorf. Der Sitz der Gesellschaft ist nach St. Ilgen verlegt. 2) zu O.-Z. 375 Firma **Boes & Stolz, Zigarrenfabriken** in Reitigheim. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Malsch (Amt Wiesloch) verlegt.

Wiesloch, 31. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht.

Genossenschafts-Register.

Eberbach. N.645

Zu O.-Z. 9 des Genossenschaftsregisters betr. den **Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzverein Friedrichsdorf, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht** mit Sitz zu Friedrichsdorf wurde eingetragen: Karl Baumbusch, Landwirt in Friedrichsdorf wurde an Stelle des ausgeschiedenen Peter Schulz, in den Vorstand gewählt.

Eberbach, 30. Mai 1922.
Amtsgericht.